

Kurzprotokoll

22.09.2014

Informationsreise in Zusammenarbeit mit dem Flüchtlingsbeauftragten der Diözese Rottenburg-Stuttgart

Kurdistan (Erbil – Dohuk), 16.- 21.09.2014

Klaus Barwig / Dr. Thomas Broch

Ziel der Reise war, sich ein Bild von der Lage der vertriebenen religiösen Minderheiten (u.a. Chaldäer und Yeziden) im Gesamtstaat Irak zu machen. Diese Existenz der religiösen Minderheiten ist durch die Vorstöße der IS gefährdet und wirft aktuell die Frage auf, ob die teil-autonome Nordirakische Region Kurdistan als ein Hoffnungsort für diese Minderheiten bestehen bleibt, um die jahrtausendealte Tradition der religiösen Vielfalt zu bewahren.

In Gesprächen mit Verantwortlichen von Religionsgemeinschaften, Vertretern der Zivilgesellschaft, kommunalen Einrichtungen, Parteien, staatlichen und nichtstaatlichen Organisationen und Bertoffenen sollten die Erwartungen im Hinblick auf Unterstützung in der gegenwärtigen Situation identifiziert werden.

<p>Zur Situation der Flüchtlinge</p>	<p style="text-align: center;"><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Besonders viele Flüchtlinge sind in den Regionen Erbil und Dohuk. Sie leben in Zelten, in Schulen, in Familien, in Kirchen, in nicht fertig gestellten Häusern und auf der Straße unter der Brücke. Große Hilfsbereitschaft der Bevölkerung und kirchlicher Einrichtungen. Unterstützung durch die UN läuft schleppend an, bisher noch keine Lager von UNHCR aufgebaut.</p> <p>Es besteht Angst vor dem kommenden Winter, der in dieser Region im November beginnt. Aus heutiger Sicht völlig unklar wie diese Unterbringung der Menschen erfolgen soll. Problem ist allen bewusst, verlässliche Antworten aller Verantwortlichen werden nicht gegeben.</p> <ul style="list-style-type: none"> • 1,8 Mio. Flüchtlinge und Binnenvertriebene insgesamt • 850.000 binnenvertriebene Christen, Yeziden, Mandäer, Schiiten und sunnitische Vertriebene insgesamt in Nord-Kurdistan, <i>davon</i> • 400.000 Yezidische Flüchtlinge • 100.000 Sunnitische Flüchtlinge • 5.000 Frauen (verschleppt und verkauft – nach seriösen Schätzungen) <p><i>Handlungsbedarf:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Auf kritische Versorgungslage hinweisen, besonders durch Gespräche auf politischer Ebene. - Gespräche mit den Verantwortlichen UNHCR auf höherer Ebene.
<p>Situation der Yezidischen - Flüchtlinge</p>	<p style="text-align: center;"><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Insgesamt sind fast 400.000 Yeziden auf der Flucht. Die überwiegende Zahl ist in der Region Dohuk. Von den 400.000 Yeziden, die ursprünglich im Sindschargebiet gewohnt haben, sind weniger als 5 % dort geblieben. Ungewisse Anzahl der</p>

	<p>Yeziden ist in Gefangenschaft. Das Vertrauen zwischen allen Nachbarn ist zerstört. Es ist die 73. Verfolgung seit Beginn der Geschichte dieser Religion. Es herrschen große Existenzängste. Über 100.000 wollen nach Europa auswandern. Misshandelte und entführte Frauen haben bei der Reintegration in ihre Familien große Schwierigkeiten.</p> <p>Die Yeziden sind weitgehend auf sich selbst gestellt. Sie werden unterstützt durch ihre Gemeinden aus dem Ausland. Sie erwarten starke Unterstützung durch das Ausland, insbesondere auch von Deutschland, mit dem sie sich verbunden fühlen.</p> <p>Handlungsbedarf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Kontaktaufnahme zu den yezidischen Gemeinden in Deutschland, um die Verbindung zu den Yeziden in Kurdistan zu halten. Dabei ist die Notlage der Yeziden im kommenden Winter besonders zu beachten. - Unterstützung der entführten und misshandelten yezidischen Frauen.
<p>Situationen der Kirchen</p>	<p style="text-align: center;"><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Die christlichen Kirchen des Orients (Chaldäer – Assyrische Christen des Ostens – Syrisch-Orthodoxe Kirche – Syrisch-Katholische Kirche) haben das Vertrauen in ihre muslimischen Nachbarn verloren, ebenso andere Religionsgemeinschaften wie die Yeziden und die Mandäer oder die schiitischen Muslime. Sie fühlen sich von ihren sunnitischen muslimischen Nachbarn vor allem in Mossul und Umgebung verraten und können sich daher aktuell nicht mehr vorstellen, wieder in ihre Heimat zurückzukehren.</p> <p>Von kirchlicher Seite wird betont, dass sie sich verfassungsrechtlich als „Gemeinschaft zweiter Klasse“ erleben. Es gäbe weder in der irakischen noch in der (noch nicht in Kraft gesetzten) kurdischen eine Gleichstellung, außerdem wird die Scharia vor allem in Familien- und Eherecht angewandt. Tritt zum Beispiel die Person einer Familie zum Islam über, so gilt das automatisch für die Familienmitglieder unter 18 Jahren. Diese können in der Konsequenz nicht mehr christlich heiraten. Eine gemeinsame Zukunft wird daher laut vielfachen Äußerungen nur gesehen, wenn ein autonomes christliches Gebiet entsteht und unter internationalen Schutz gestellt wird. Es gab aber auch bei christlichen Vertretern die von kurdischen Politikern vertretene Position, dass – nach einer Befreiung der christlichen Dörfer in der Niniveebene ein Zusammenleben in Kurdistan mit den kurdischen Muslimen denkbar ist, nicht aber mit den sunnitischen arabischen Muslimen im Raum Mossul.</p> <p>Ein chaldäische Bischof von Dohuk hat mittlerweile 5.000 Familien in Häusern umliegender Gemeinde untergebracht. Bei dieser Verteilung sind die Bürgermeister und Pfarrer vor Ort hilfreich. Die Flüchtlinge, die vielfach ohne Identitätsdokumente sind, werden in den chaldäischen Diözesen Erbil und Dohuk registriert; das ist sowohl für die Betreuung und Versorgung dieser Menschen wichtig als auch für die Wiederbeschaffung von Papieren, ohne die sie keinerlei Rechte geltend machen können.</p> <p>Vertrauen besteht offensichtlich in den Präsidenten Kurdistans, Barzani, der sich</p>

	<p>explizit für den Schutz der Christlichen (und der Yeziden) ausspricht. Von einzelnen Kirchen wird berichtet, dass sich mittlerweile auch Christen den Peschmerga angeschlossen haben und dies von den Bischöfen unterstützt wird. Zu den Zukunftsoptionen gehört in manchen Äußerungen auch, dass die potenziellen christlichen Autonomieregionen eigene Milizen aufstellen. Für die Vertreter der Kirchen ist klar, dass sie Kurdistan nicht verlassen werden und eine Auswanderung nicht begrüßen. Identität mit ihrer Heimat, als deren „Urvolk“ sie sich verstehen, und Präsenz darin hat für sie indiskutablen Rang.</p> <p>Handlungsbedarf:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Gemeinsame Erarbeitung eines Konzepts zum Aufbau eines inter – religiösen, interkulturellen Dialogs. Hierzu sind konkrete Projekte zu entwickeln, die in ihrer gemeinsamen Durchführung den Dialog bewirken.
<p>Militärische Lage</p>	<p style="text-align: center;"><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Die Peschmerga (kurdische Armee) wird als Schutztruppe gesehen, die am 3. August der IS nicht standhalten konnte. Die Peschmerga haben sich aufgrund der ausgeweglosen Situation aus den christlichen Dörfern um Mossul zurückgezogen. Ein Kirchenvertreter berichtete, er habe einen Anruf der Peschmerga erhalten, der ihn aufforderte, so schnell wie möglich das Gebiet zu verlassen.</p> <p>Die Unterstützung der Peschmerga durch Deutschland wird allgemein sehr positiv und als Voraussetzung dafür gesehen, dass die christlichen Dörfer um Mossul wieder zurückerobert werden können. Alle Hoffnung und Erwartung wird auf die militärische Unterstützung westlicher Staaten, v. a. der USA, in Verbindung mit der Peschmerga und ggf. weiteren Milizen gesehen.</p> <p>Im Gegensatz zu Äußerungen mancher Kirchenvertreter machten die Gesprächspartner aus der kurdischen Politik deutlich, dass eine Rückeroberung von Mossul aktuell wegen der damit verbundenen Gefährdung der Zivilbevölkerung, und wegen der Konfliktrichtigkeit einer kurdischen (Mit-) Intervention im sunnitischen Mossul nicht Frage kommt. Eine ausreichende Aufrüstung und Ausbildung einer zentralirakischen (sunnitischen) Armee wird als Möglichkeit zur Befreiung von Mossul nicht ausgeschlossen, allerdings als sehr langfristige Perspektive.</p>
<p>Politische Lage</p>	<p style="text-align: center;"><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Alle Gesprächspartner setzen ihre Hoffnung in ein Kurdistan mit einem weitestgehend autonomen Status. Das Vertrauen in die Zentralregierung Bagdads ist zerrüttet, nicht zuletzt aufgrund der Diskussion über die Nutzung der Ölressourcen. Bagdad hat aufgrund dieser Auseinandersetzungen seit Januar die Zahlungen an die Regionalregierung Kurdistans ausgesetzt. Dies verschärft die aktuelle Situation und hat somit auch Einschränkungen der Infrastruktur im Nordirak zur Folge. Gouverneur und Bürgermeister von Erbil streben ein Kurdistan an, das an die Tradition der Vergangenheit eines pluralen und friedlichen Zusammenlebens anknüpft. Die große Herausforderung wird sein, das zerbrochene Vertrauen in die jeweils anderen Gruppen und in eine gemeinsame</p>

	<p>Gesellschaft insgesamt wieder aufzubauen. Bejahte und gelebte Multikulturalität wird als <i>die</i> Chance eines zukünftigen autonomen Kurdistans gesehen.</p> <p>In Bezug auf die Flüchtlinge besteht die Hoffnung, diese bis zum nahen Winter wieder weitgehend in die dann wieder befreiten christlich geprägten Dörfer zurückzuführen und eine Vertrauensbasis aufzubauen. Bezüglich der Versorgung der in Erbil verlebenden Vertriebenen auch im Winter ist der Bürgermeister zuversichtlich. Die Situation der aus ihren angestammten Siedlungsgebieten vertriebenen Yeziden wird als weiterhin hoch problematisch angesehen.</p> <p>Ziel der Politik ist es, eine Basis für alle zu schaffen. Eine Auswanderung der Christen und Yeziden wird deshalb nicht begrüßt. Es geht darum, im eigenen Land eine Perspektive für alle zu schaffen.</p>
<p>Frauen</p>	<p style="text-align: center;"><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Ein unerträgliches Problem stellen die Verschleppung und die Misshandlungen von Frauen durch die IS dar. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 5.000 Frauen in Mossul in der Gewalt der IS sind, die sie verkaufen und menschenunwürdig behandeln. Für viele Frauen ist auf Grund der als Entehrung betrachteten sexuellen Misshandlungen eine Rückkehr in ihre Familien nicht mehr möglich.</p> <p>Eine yezidische Initiative junger Menschen hat begonnen, die bekannt gewordenen Menschenrechtsverletzungen für eine spätere Aufarbeitung beim Internationalen Gerichtshof in Den Hag zu dokumentieren.</p> <p>Es gibt yezidische und kurdische Organisationen, die die entführten Frauen versuchen zu identifizieren, um sie befreien zu können.</p> <p><i>Handlungsbedarf:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Hier sind Hilfestellungen von qualifizierten Fachkräften dringend notwendig. - Frauenorganisationen und Organisationen im Bereich der Trauma-Behandlung sind zu unterstützen.
<p>Flüchtlings - aufnahme</p>	<p style="text-align: center;"><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Der bevorstehende Winter wird insbesondere für Kinder sowie kranke und ältere Flüchtlinge zu außergewöhnlichen Belastungen führen. Diese besonderen Umstände sollten bei einer Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland und Europa berücksichtigt werden. Hier ist kurzfristige humanitäre Hilfe geboten. Aufnahmen von Flüchtlingen sollten an nachvollziehbare, humanitäre Kriterien geknüpft sein.</p> <p><i>Handlungsbedarf:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Kurzfristig sind humanitäre Hilfen wie die Beschaffung von (wintergerechter) Kleidung sowie Unterstützung beim Bau oder Anmietung von festen Unterkünften dringend erforderlich. - Für die Aufnahme von Menschen nach Deutschland sind dringend

	<p>transparente, nachvollziehbare und humanitäre Kriterien zu definieren.</p>
<p>Jugendliche</p>	<p><i>Aktuelle Situation:</i></p> <p>Ein besonderes Problem stellen die Jugendlichen und jungen Erwachsenen unter den Vertriebenen dar. Sie sind oft ohne Schulabschluss, ohne Ausbildung. Alle Beteiligten sehen die Notwendigkeit, für diese jungen Menschen Trainingsangebote zu entwickeln (Sprachunterricht und Schulung zum Organisationsaufbau und Management von Flüchtlingslagern, etc.).</p> <p><i>Handlungsbedarf:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Entwickeln von Projekten zur sinnvollen und nachhaltigen Beschäftigung der jungen Flüchtlinge in Zusammenarbeit mit den lokalen Einrichtungen. Diese sind von deutscher Seite aus zu unterstützen.
<p>Nächste Schritte</p>	<p>Zusammenfassung der Handlungsempfehlungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Überlegungen zum interreligiösen und interkulturellen Dialog unter Einbeziehung vor allem auch zivilgesellschaftlicher Organisationen. Hierzu sind konkrete Projekte zu entwickeln, die in ihrer gemeinsamen Durchführung den Dialog bewirken. • Auf kritische Versorgungslage hinweisen, besonders durch Gespräche auf politischer Ebene. • Gespräche mit den Verantwortlichen UNHCR auf höherer Ebene. • Für die Aufnahme von Menschen nach Deutschland sind dringend transparente, nachvollziehbare, humanitäre Kriterien zu definieren. • Kontaktaufnahme zu den yezidischen Gemeinden in Deutschland, um die Verbindung zu den Yeziden in Kurdistan zu halten. Dabei ist besonders die Notlage der Yeziden im kommenden Winter zu hervorzuheben. • Suche nach Hilfe- und Unterstützungsmöglichkeiten für die entführten christlichen und yezidischen Frauen. • Dokumentation der Menschenrechtsverletzungen für künftige Verfahren beim Internationalen Gerichtshof in Den Hag • Bereitstellung von qualifizierten Fachkräften für die Versorgung misshandelter Frauen. Frauenorganisationen und Organisationen im Bereich der Trauma - Behandlung sind zu unterstützen. • Entwickeln von Projekten zur sinnvollen und nachhaltigen Beschäftigung der jungen Vertriebenen in Zusammenarbeit mit den lokalen Einrichtungen. Diese sind von deutscher Seite aus zu unterstützen.